

Lohnerhöhungen statt Steuersenkung!

Wieso wir ein Jahrzehnt ohne Steuersenkung brauchen – und die Metallergewerkschaft allen Applaus verdient

KOMMENTAR:
NIKOLAUS KOWALL

Erich Foglar macht seinen Job als ÖGB-Chef gut. Bei Medienauftritten argumentiert er stets klar und verständlich, in anderem Rahmen, etwa bei Kundgebungen zum 1. Mai, gibt er sich authentisch kämpferisch. Im Ö1-„Mittagesjournal“ hat er sich beim Thema Lohnsteuer jedoch überraschend vergaloppiert. Mit Schlagworten wie „Mehr netto vom brutto“ redete er einer Lohnsteuersenkung das Wort, seine Ausführungen gipfelten in der Aussage: „Wir verhandeln als Gewerkschaften jedes Mal zu 50 Prozent für die Finanzministerin.“

Aus zwei Gründen hilft eine Senkung der Einkommenssteuer nur den Reichen: Erstens, weil 2,4 Millionen Menschen in Österreich so geringe Einkommen beziehen, dass sie von einer Steuersenkung gar nicht erst profitieren können. Zweitens, weil auf jede Steuersenkung eine Ausgabenkürzung folgt.

Da das Finaleinkommen der mittleren und unteren Einkommensschichten zu einem deutlich größeren Anteil aus öffentlichen Leistungen besteht, verlieren diese bei Leistungskürzungen überproportional. Deshalb sollte die progressive Einkommenssteuer, sozusagen das Flaggschiff wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung, was Tarife betrifft, am besten gar nicht angerührt werden.

Befürworter einer Steuerstrukturreform weg von der Arbeit und hin

zum Kapital haben im Kern ein berechtigtes Anliegen. Sie übersehen aber oftmals die Auswirkungen. So argumentierte Foglar im besagten Interview nachvollziehbar für die Einführung einer Erbschaftssteuer. Selbige brachte vor ihrer Abschaffung im Jahr 2007 jedoch nicht mehr als 150 Millionen Euro. Jede Senkung der Einkommenssteuer um einen Prozentpunkt bedeutet hingegen einen Entgang von 400 Millionen Euro für Vater Staat. Eine Einkommenssteuersenkung, die ihren Namen verdient, ist ohne Milliardenverlust nicht zu haben.

Es muss einmal klipp und klar gesagt werden: Zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen bedarf es jetzt eines Jahrzehnts ohne Steuersenkungen! Denn Steuersenkungen untergraben nicht nur den Wohlfahrtsstaat, sie bringen außerdem politisch nichts, weil die Menschen eine Entlastung um ein paar Euro pro Monat gar nicht registrieren.

Die Steuersenkung ist das zentrale neoliberale Instrument, um Sachzwänge für den Rückbau öffentlicher Leistungen zu schaffen. Höhere Löhne, Herr Foglar, sollen nicht durch Steuersenkungen, sondern durch Lohnerhöhungen erreicht werden!

Der Kern des neoliberalen Paradigmas ist mit dem britischen Politologen Colin Crouch rasch erklärt: Im Gegensatz zu Unternehmen befindet sich der Staat in keiner Konkurrenzsituation, weshalb er den Akteuren am Markt prinzipiell unterlegen sei. Inferiore staatliche Leistungen können nur durch Outsourcing und Privati-

sierung verbessert werden, was über Einsparungen Raum für Steuersenkungen schaffe. Die Finanzierungsbasis des Staates soll durch diese Agenda immer weiter ausgedünnt werden: Steuersenkungen erhöhen die Schuldenlast, dies „erfordert“ die Kürzung staatlicher Leistungen womit angeblich wieder Mittel für eine Steuerreform frei würden, was wieder zu einer höheren Verschuldung führt. Und das Spiel beginnt wieder von vorne.

Diese sogenannte Austeritätspolitik kommt auch in den jüngsten wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU-Kommission klar zum Ausdruck. Die Krise des Neoliberalismus soll also mit *more of the same* bekämpft werden. Ohne es zu beabsichtigen, folgen die Befürworter einer Steuersenkung in SPÖ und ÖGB mit der Betonung der hohen Steuerlast bei gleichzeitigem Verschweigen der staatlichen Leistungen dieser zentralen Strategie des neoliberalen Diskurses.

Lohnsteuersenkungen zu fordern und sich über den Rückbau des Sozialstaates aufzuregen, ist eine schlechte Strategie für die Arbeiterbewegung, weil Steuern und Sozialstaat kommunizierende Gefäße sind. Die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates muss ein ebenso wichtiges Ziel sein wie ordentliche Löhne. In diesem Sinn verdienen die Metallgewerkschafter mit ihrer Forderung nach einer Bruttolohn-erhöhung um 5,5 Prozent – und ihren Maßnahmen – unseren Applaus!

Alle Indikatoren weisen darauf hin, dass es 2012 zu einer wirtschaftlichen Vollbremsung kommen wird.

Hohe Lohnabschlüsse könnten jedoch wie im Krisenjahr 2009, als der Konsum durch die hohen Lohnabschlüsse 2008 leicht zunahm, wieder stabilisierend wirken. Gegen das falsche Argument, dass schlechte Zeiten keine hohen Lohnabschlüsse zulassen, spricht außerdem die Tatsache, dass die Gewinne ja bereits im Boom von 2010 und 2011 eingefahren wurden, wie der Dividenden-Report 2011 der Arbeiterkammer belegt.

Überdies verzeichnete Österreich in den vergangenen zehn Jahren hinter Deutschland den zweitgeringsten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in den EU-15. Letztlich kam es 2011 zu einer höheren Inflation als bei den Lohnverhandlungen 2010 angenommen. Das Wifo rechnet für heuer mit Reallohnverlusten von 0,8 Prozent, bei einem Wirtschaftswachstum von knapp drei Prozent. Nichts ist gerechter, als die Reallohnverluste von heuer im kommenden Jahr auf die Löhne aufzuschlagen.

Es gibt also eine Reihe verdammt guter Argumente für kräftige Lohnabschlüsse. Es wäre schön, würde sich ÖGB-Chef Erich Foglar noch mehr auf die Auseinandersetzung um ordentliche Lohnerhöhungen konzentrieren, anstatt das neoliberale Lied vom Hochsteuerland mitzusingen. **F**

Der Autor ist
Volkswirt und
Vorsitzender der
Sektion 8 der
SPÖ Alsergrund

